

# Vereinbarung über die Altholzinsel Schulhalde

zwischen der

**Ortsbürgergemeinde Densbüren, vertreten durch den Gemeinderat,**

und dem

**Kanton Aargau, vertreten durch die Abteilung Wald des Departements Bau, Verkehr und Umwelt,**

wird über nachfolgend beschriebene Waldfläche, gestützt auf Art. 20 WaG, §§ 5 und 25 AWaG und § 2 AWaD (Beilage 1) und im Sinne des kantonalen Naturschutzprogramms Wald, Folgendes vereinbart:

## 1. Waldfläche (vergleiche Planbeilage M 1:5000, datiert vom 20. Juli 2006)

| Gemeinde  | Parz. Nr. | Lokalname  | Koord.        | Haupt-Baumarten | Alter<br>(Jahre) | Schutz-status <sup>*)</sup> | Fläche |
|-----------|-----------|------------|---------------|-----------------|------------------|-----------------------------|--------|
| Densbüren | 170       | Schulhalde | 646 3 / 256 4 | Buche           | 130              | NkBW                        | 2.0 ha |
| Total     |           |            |               |                 |                  |                             | 2.0 ha |

<sup>\*)</sup> Legende:

- NkBW: Naturschutzgebiet von kantonalen Bedeutung im Wald (gemäss kantonalem Richtplan)

## 2. Ziel

Auf der bezeichneten Waldfläche (Altholzinsel) sollen von menschlichen Eingriffen unbeeinflusste Alterungs- und Zerfallsprozesse ablaufen können. Damit entstehen Lebensräume insbesondere für diejenigen Tier- und Pflanzenarten, welche auf alte und absterbende Bäume sowie auf totes Holz angewiesen sind.

## 3. Pflichten der Waldeigentümerin

### 3.1

Die Waldeigentümerin verpflichtet sich, in den bezeichneten Waldbeständen auf jegliche Holznutzung und auf Pflegeeingriffe zu verzichten und der natürlichen Entwicklung freien Lauf zu lassen. Auch tote Bäume und Äste sind im Wald zu belassen.

### 3.2

Sie sorgt für die nötige Aufsicht über die bezeichnete Waldfläche.

### 3.3

Eingriffe zur Abwehr von Gefahren erfordern die Zustimmung des Kreisforstamts und werden schriftlich festgehalten.

#### **4. Leistung des Kantons**

Der Kanton bezahlt der Waldeigentümerin für die mit dieser Vereinbarung eingerichtete Altholzinsel einen Beitrag. Dieser beträgt pauschal für die ganze Vertragsdauer



Die Auszahlung erfolgt innerhalb von 2 Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags unter Vorbehalt der Bewilligung der Zahlungskredite durch den Grossen Rat.

#### **5. Dauer der Vereinbarung**

Die Gemeindeversammlung der Ortsbürgergemeinde Densbüren hat der vorliegenden Vereinbarung am 24. November 2006 zugestimmt. Der Beschluss ist in Rechtskraft erwachsen. Die Vereinbarung tritt rückwirkend auf den 1. Dezember 2006 in Kraft und gilt bis zum 30. November 2056 (50 Jahre).

#### **6. Weitere Bestimmungen**

##### **6.1**

Die Waldeigentümerin ist damit einverstanden, dass anlässlich der nächsten Revision der kommunalen Nutzungsplanung die ausgeschiedene Altholzinsel öffentlich-rechtlich geschützt wird.

##### **6.2**

Rechte Dritter werden durch diese Vereinbarung nicht eingeschränkt. Sollten sich im Interesse des Schutzziels Einschränkungen und Verbote gegenüber Dritten als notwendig erweisen, so werden diese im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen erlassen.

##### **6.3**

Der geleistete Beitrag gemäss Ziffer 4 ist in der Forstrechnung zu verbuchen.

##### **6.4**

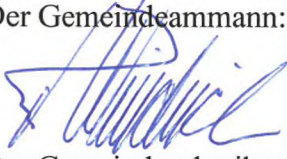
Die Rückforderung des geleisteten Beitrags im Falle einer Missachtung der Bestimmungen dieser Vereinbarung bleibt vorbehalten.

##### **6.5**

Der beiliegende Plan M 1:5000, datiert vom 20. Juli 2006, ist verbindlicher Bestandteil der Vereinbarung.

Densbüren, 30. Jan. 2007

Ortsbürgergemeinde Densbüren  
Namens des Gemeinderates  
Der Gemeindeammann:



Der Gemeindeschreiber:



Aarau, 17. Januar 2007

Departement Bau, Verkehr und Umwelt  
Leiter Abteilung Wald:



Dr. Heinz Kasper

Beilagen:

- Beilage 1: Rechtsgrundlagen
- Beilage 2: Plan M 1:5000

Ein unterschriebenes Exemplar dieser Vereinbarung geht an:

- OBG Densbüren
- Departement Bau, Verkehr und Umwelt, Abteilung Wald

Kopie:

- Einwohnergemeinde Densbüren
- Forstverwaltung Densbüren
- Kreisforstamt 1

## Beilage 1

# Rechtsgrundlagen

## Bundesgesetz über den Wald (WaG)

vom 4. Oktober 1991

### Art. 20 Bewirtschaftungsgrundsätze

...

<sup>4</sup> Die Kantone können zur Erhaltung der Artenvielfalt von Fauna und Flora angemessene Flächen als Waldreservate ausscheiden.

## Waldgesetz des Kantons Aargau (AWaG)

vom 1. Juli 1997

### § 5

<sup>1</sup> Die Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer haben auf den naturschützerisch besonders wertvollen Flächen über den naturnahen Waldbau hinaus je nach Zielsetzung geeignete Pflegemassnahmen zu Gunsten des Arten- und Biotopschutzes durchzuführen oder zur Gewährleistung natürlicher Abläufe ganz auf die Holznutzung zu verzichten.

Besondere  
Naturschutz-  
massnahmen

<sup>2</sup> Als besonders wertvoll gelten der Waldrand sowie diejenigen Flächen und seltenen Waldgesellschaften, die im Waldentwicklungsplan gemäss § 15 entsprechend bezeichnet sind.

<sup>3</sup> Für vertraglich gesicherte Nutzungsverzichte und besondere Pflegemassnahmen im Dienst des Naturschutzes leistet der Kanton finanzielle Beiträge.

<sup>4</sup> Feuchtgebiete im Wald dürfen nicht entwässert werden. Ausgenommen sind Entwässerungen, die zum Schutz baulicher Anlagen erforderlich sind und zusammen mit diesen bewilligt werden.

### § 25

<sup>1</sup> Der Kanton entrichtet an vertraglich festgelegte besondere Leistungen der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer Beiträge, namentlich an

Leistungen des  
Kantons

- a) naturschutzbedingte Nutzungsverzichte oder Pflegemassnahmen;
- b) Massnahmen zur Verhütung und Behebung von Waldschäden gemäss § 19 Abs. 2;
- c) Leistungen der Forstreviere gemäss § 28 Abs. 1.

<sup>2</sup> Er kann für Massnahmen und für die Erfüllung von Aufgaben, die der Walderhaltung und der Sicherung nachhaltiger Waldleistungen dienen, projektbezogene oder pauschale Beiträge entrichten, namentlich für die Jungwaldpflege.

<sup>3</sup> Er kann im Weiteren Beiträge entrichten für Massnahmen, die vom Bund selbständig oder in Abhängigkeit von kantonalen Beiträgen unterstützt werden, sofern die Voraussetzungen nach § 24 erfüllt sind.

<sup>4</sup> Der Grosse Rat legt die Grundsätze für die Gewährung und Bemessung der Beiträge in einem Dekret fest.

## Dekret zum Waldgesetz des Kantons Aargau (AWaD)

vom 3. November 1998

### § 2

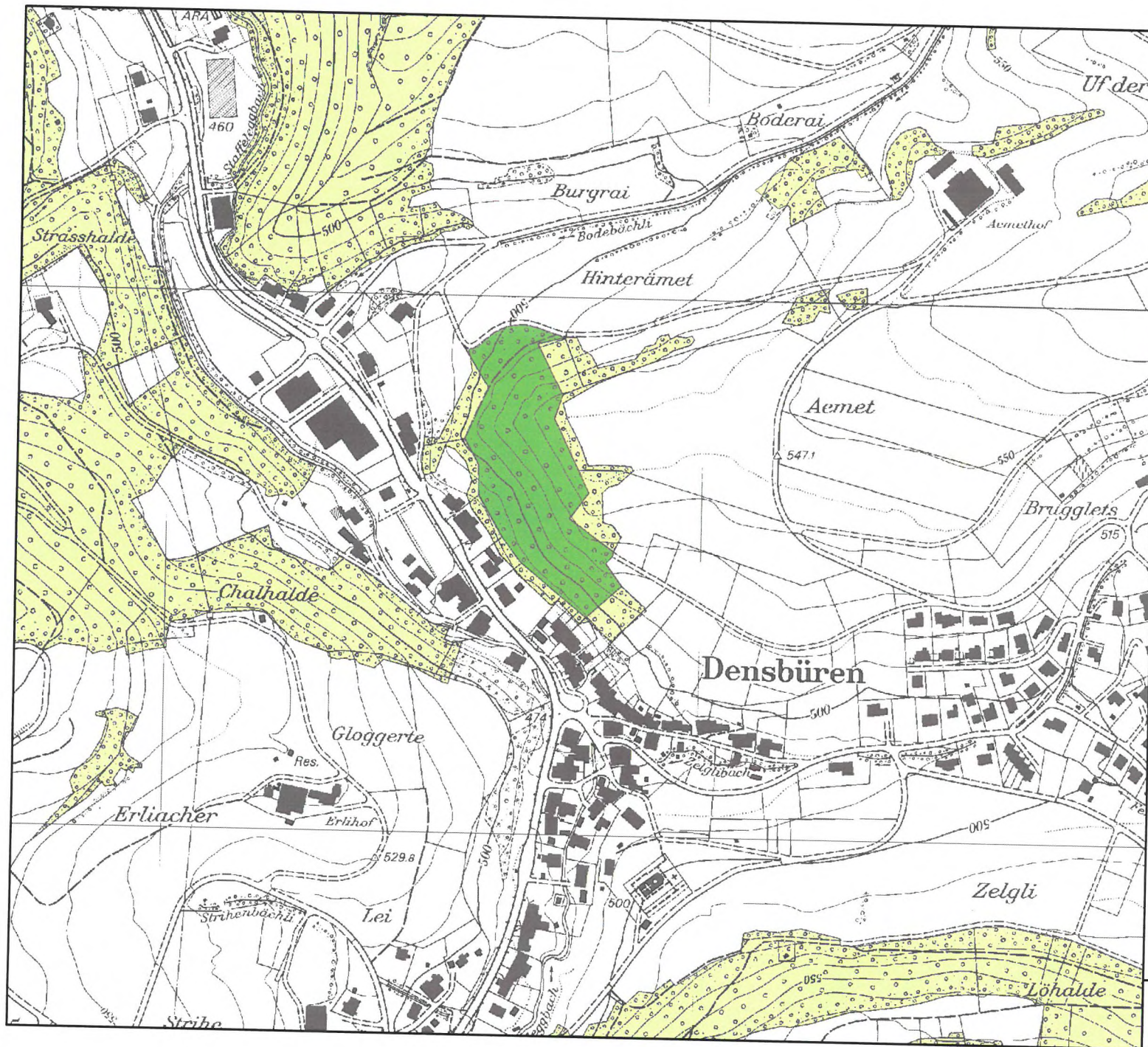
<sup>1</sup> Die Beiträge von Bund und Kanton an vertraglich vereinbarte Naturschutzmassnahmen betragen zusammen

Beiträge an  
Naturschutz-  
massnahmen

- a) 100 % der Kosten
  - für die Pflege von Naturschutzgebieten und -objekten von nationaler und kantonalen Bedeutung;
  - für die Aufwertung von Waldrändern;
  - für Waldreservate mit Nutzungsverzicht;
- b) 50 % der Kosten für die Pflege von Naturschutzgebieten und -objekten von lokaler Bedeutung.

<sup>2</sup> Der Regierungsrat kann für die Anrechnung der Kosten Pauschalansätze festlegen.

<sup>3</sup> Das Finanzdepartement schliesst die entsprechenden Vereinbarungen ab. Es berücksichtigt dabei fachliche Kriterien und kantonale Konzepte. Vereinbarungen über langfristigen Nutzungsverzicht werden in der Regel auf 50 Jahre, diejenigen über Pflegemassnahmen auf 1 bis 15 Jahre abgeschlossen.



Beilage 2

## Gemeinde Densbüren Altholzinsel Schulhalde

### OBG Densbüren

#### Legende

-  Vertragsfläche
-  Wald
-  Gemeindegrenze

Ort und Datum:

Aarau, 20.07.2006

Der Kreisförster:

*U. Chen*

Massstab: 1:5'000



Departement Bau, Verkehr und Umwelt  
Abteilung Wald  
20.06.2006 cf